

# „Neoliberal“ – was ist das?

## Sinn und Zweck dieser Analyse

„Neoliberalismus“ ist zum politischen Kampfbegriff geworden. Viele Menschen verbinden heute damit diffus gesellschaftliche Entwicklungen, die sie als negativ oder bedrohlich empfinden – ohne sie jedoch genauer fassen zu können. Dazu kommt, dass es selbst für formulierte Kritik keinen Adressaten zu geben scheint. Praktisch niemand bezeichnet sich selbst als „neoliberal“, weder Individuen noch Parteien oder andere Organisationen. Der „Neoliberale“ – das Phantom!?! Weitaus mehr Menschen können zudem mit diesem Begriff noch überhaupt nichts anfangen. Sie haben ihn vielleicht hier und da schon einmal gehört, können jedoch nichts konkret damit verbinden. Dies ist nur zu gut verständlich, da „neoliberales“ Denken zwar immer mehr Teile der Gesellschaft unterwandert (und von innen aushöhlt), sich aber praktisch nie als solches zu erkennen gibt. Diese Information richtet sich an beide Gruppen in der Absicht, sie über neoliberales Gedankengut und seine fatalen Folgen aufzuklären und dafür zu sensibilisieren. Insbesondere richtet sie sich aber auch an „Multiplikatoren“ (Lehrer, Gewerkschaftsmitglieder, Journalisten, Parteimitglieder – auch gerne der „bürgerlichen“ Parteien!, Wissenschaftler sowie engagierte Laien), die qualifiziert zur Aufklärung beitragen möchten.

Diese Kurzanalyse besteht aus zwei Teilen: Einem kurzen Abriss der Geschichte des Neoliberalismus sowie einer kompakten Zusammenstellung von 20 Kennzeichen neoliberaler Ideologie bzw. ihrer Folgen. In den Fußnoten zu den jeweiligen Abschnitten finden Sie zahlreiche weiterführende Informationen und Links.

## 1. Kurze Geschichte des NL: Von der Sekte zur neuen „Weltreligion“

Die Anfänge des Neoliberalismus liegen bereits mehr als 70 Jahre zurück und lassen sich indirekt auf die Weltwirtschaftskrise von 1929-32 zurückführen. Im Verlauf dieser Krise wurde den Menschen das Versagen des weitgehend unregulierten Marktes und seine mangelnde Fähigkeit zur „Selbstheilung“ schmerzlich vor Augen geführt. Als politische Reaktion darauf kam es zu global erstarkendem Keynesianismus, d.h. zu Bestrebungen, den Markt stärker zu reglementieren und soziale Sicherungssysteme zu implementieren, um die Folgen von Marktverwerfungen abzuschwächen. Der bisher herrschende („alte“) Wirtschaftsliberalismus galt als gescheitert. Viele Kritiker sahen die Ursachen des fatalen Marktversagens (mit allen seinen politischen Nachwehen, die maßgeblichen Einfluss auf den Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland und letztlich den Beginn des 2. Weltkriegs hatten) im Markt selbst begründet. Ökonomen der Strömung eines *neuen* Liberalismus hingegen machten allein äußere Faktoren für die Krise verantwortlich. Nicht Marktversagen, sondern Staats- und Politikversagen habe die Krise herbeigeführt, so die These dieser *Neo-Liberalen*<sup>1</sup>. Der scharfe Angriff der wirtschaftsliberalen Ökonomen Eucken und Rüstow auf die Weimarer Republik im Jahr 1932 gilt als Geburtsstunde des Neoliberalismus. Gegen das politische Chaos in Deutschland wollten sie einen starken Staat setzen, um den Einfluss von Parteien und Gewerkschaften zurückzudrängen. Auch eine „befristete Diktatur“ (als ob es so etwas geben könnte) erschien ihnen nicht abwegig, um ihr Ziel zu erreichen (wohlgemerkt am Vorabend der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten)<sup>2</sup>. Oberstes Ziel war es, wirtschaftspolitische Eingriffe des Staates in den Markt möglichst vollständig auszuschließen. In den folgenden Jahren wurde der Kreis um Eucken zum Zentrum des deutschen Ordoliberalismus und später als „Freiburger Schule“ bekannt.

Schon von Anfang an war der Neoliberalismus jedoch nicht nur auf Deutschland beschränkt. In vielen Staaten kam es zu ähnlichen Ansätzen. Zunächst durch den Krieg unterbrochen, kam es schon 1947 zur Gründung der „Mont Pèlerin Society“ (MPS) unter

---

<sup>1</sup> Wie sich die Geschichte wiederholt... Auch die Weltwirtschaftskrise 2009 wurde aus neoliberaler Sichtweise ja durch Staats- und Politikversagen herbeigeführt (insbesondere durch mangelnde Regulierung der Finanzmärkte, die von denselben Neoliberalen nur ein Jahr zuvor noch als Zumutung und übermäßige staatliche Einmischung in den „freien Markt“ geißelt worden war).

<sup>2</sup> Zu ihrer Ehrenrettung muss allerdings gesagt werden, dass viele der frühen Theoretiker des Neoliberalismus sich noch weitaus mehr und tiefere Gedanken über optimale Wirtschafts- und Gesellschaftsformen gemacht haben, als die meisten ihrer zeitgenössischen Adepten. Insbesondere Rüstow stand anfangs zeitweise auch dem Sozialismus nahe und musste später aufgrund seiner individual-freiheitlichen Gesellschaftskonzeption vor dem Nazi-Regime fliehen. Auch die spezielle historische Situation (u. a. politisches Chaos der Weimarer Republik, Weltwirtschaftskrise) sollte bei der Beurteilung dieser Denker berücksichtigt werden.

Führung des späteren Wirtschaftsnobelpreisträgers<sup>3</sup> von Hayek. Diese war bereits zu Beginn als Elitenetzwerk ausgelegt und hat heute weltweit ca. 1000 Mitglieder, verteilt auf etwa 100 miteinander vernetzte „Denkfabriken“<sup>4</sup>. Während die Anhänger des neoliberalen Projekts anfangs zwar international aufgestellt waren, bildeten sie zunächst nur eine kleine Gruppe exotischer Marktradikaler mit begrenztem Einfluss. In den Jahren nach Kriegsende konnten es ihre Mitglieder bereits als Erfolg verbuchen, den Einfluss der zu dieser Zeit noch mächtigen „Großen Erzählung“ des Sozialismus zurückzudrängen. An marktradikale Reformen, wie sie in den nachfolgenden Jahrzehnten möglich wurden, war zunächst nicht zu denken. Dennoch arbeiteten die MPS und andere neoliberale Denker in den 60er und 70er Jahren im Schatten marxistischer Theorien und sozialstaatlicher Konzepte weiterhin zielstrebig und mit zunehmender Vernetzung an ihrem Projekt.

Bald stellten sich erste Erfolge ein: Mit von Hayek (1974) und Friedmann (1976) wurde zwei Mitgliedern der MPS der „Wirtschaftsnobelpreis“ verliehen, wovon Ansehen und Einfluss der Bewegung stark profitierten. Nachdem sich 1973 Diktator Pinochet mit Unterstützung der USA in Chile an die Macht geputscht hatte, stand auch erstmals ein Staat als ideales „Testlabor“ für die neoliberalen Theorien zur Verfügung. Ohne lästige Beschränkungen wie Demokratie und Menschenrechte gelang es der neoliberalen Gruppe der sog. „Chicago Boys“ ab 1974 die wichtigsten Ministerien in Chile zu besetzen und den Staat in ihrem Sinne radikal umzubauen. Im Widerstand gegen die Militärdiktatur und die ökonomische „Schockbehandlung“ wurden in den folgenden 17 Jahren Terrorherrschaft Zehntausende Regimegegner gefoltert und ermordet. Eine Million Chilenen flüchtete vor Repression und wirtschaftlichem Niedergang. In Folge des ökonomischen Umbaus kam es zu extremer Inflation und einer weitgehenden Verarmung der Bevölkerung. Dennoch wurde Chile für Hayek, Friedmann und andere MPS-Mitglieder zunächst zum gelobten Land ihrer Heilslehre, das sie gegen internationale Kritik verteidigten.

---

<sup>3</sup> Genau genommen handelt es sich beim „Wirtschaftsnobelpreis“ um keinen „echten“ Nobelpreis, sondern den „Preis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank in Gedenken an Alfred Nobel“. Auch der wissenschaftliche Wert vieler derart prämierten Forschungsarbeiten ist (gerade im Vergleich zu den Pendanten aus den Naturwissenschaften) mit Vorsicht zu genießen.

<sup>4</sup> Ein Großteil des Denkens innerhalb dieser „Denkfabriken“ scheint sich wie bei religiösen Organisationen/Sekten darum zu drehen, wie man die eigenen Heilslehren und Dogmen möglichst weit verbreiten kann. Der Überprüfung der Lehren selbst anhand der Realität scheint offenbar keine allzu hohe Priorität zuzukommen.

Den endgültigen Durchbruch erzielte die neoliberale Ideologie jedoch 1979/80 mit der Wahl Thatchers in Großbritannien sowie Reagans in den USA. Thatcher organisierte sogar einen Expertenaustausch, um die „Erfolge“ Chiles auch in ihrem Land nachzuvollziehen<sup>5</sup>. Ab Anfang der 1990er Jahre wurde der Neoliberalismus nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten (und dem endgültigen Niedergang der „Großen Erzählung“ des Sozialismus) in den meisten „westlichen“ Staaten hegemonial. Nahezu alle großen Parteien, Organisationen und selbst Kirchen<sup>6</sup> haben heute erhebliche Teile des neoliberalen Gedankenguts übernommen. Die Massenmedien sind bereits so durchdrungen davon, dass man in einigen Staaten fast von einer „Gleichschaltung“ der Presse sprechen kann. Alternative Ansichten in Politik, Ökonomie, Wissenschaft und Presse werden heute weitgehend marginalisiert und lächerlich gemacht. Der vorerst letzte Meilenstein des „neoliberalen Projekts“<sup>7</sup> war die mutmaßliche Verursachung (oder zumindest starke Begünstigung) der aktuellen schweren Weltwirtschaftskrise.

#### Anmerkung:

Dieser geschichtliche Überblick stellt nur einen knappen und vereinfachten Abriss der weitaus komplizierteren Entwicklung des Neoliberalismus dar. Weitergehende Informationen zum Thema finden Sie bei Interesse z.B. in:

- Butterwege: Kritik des Neoliberalismus (Wiesbaden, 2008)
- Goldschmidt: Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive (Heilbronn, 2000)
- Harvey: Kleine Geschichte des Neoliberalismus (Zürich, 2007)

---

<sup>5</sup> Ihre neoliberale Politik wurde unter „Thatcherismus“ bekannt (siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Thatcherismus> ). Die Kernpunkte dieser Politik dürften Ihnen bekannt vorkommen... Die neoliberale Mehrheit in Parlament und Medienlandschaft fordert schließlich auch hier seit Jahren weitgehend dasselbe. Und dies mit Recht! Schließlich gilt das erfolgreich „reformierte“ Großbritannien heute weit und breit als das „Land, in dem Milch und Honig fließen“, nicht wahr?

<sup>6</sup> Siehe dazu: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4183#h16> (Punkt 16)

<sup>7</sup> Der Begriff könnte fälschlicherweise nahe legen, dass es sich beim Neoliberalismus um ein Geheimprojekt oder eine Verschwörung handelt. Dies ist jedoch nicht der Fall.

## 2. Kennzeichen neoliberaler Ideologie und ihrer Folgen

Für viele Menschen ist es äußerst schwierig, neoliberales Gedankengut als solches zu erkennen. Die unterschiedlichsten Parteien, Organisationen und Individuen vertreten neoliberale Positionen in einer solchen Vielzahl von Varianten und Formulierungen, dass es einige Mühe macht, die dahinter liegenden Konzepte und Strategien aufzudecken – in einigen Fällen dürfte deshalb auch Vertretern dieses Gedankenguts selbst nicht immer klar sein, dass und inwiefern sie neoliberale Positionen vertreten. Die nachfolgende Zusammenstellung enthält 20 Kennzeichen neoliberaler Ideologie bzw. ihrer Folgen. Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Fehlerfreiheit. Sie soll Ihnen aber dabei helfen, neoliberales Gedankengut in politischen Reden, Zeitungsartikeln, Parteiprogrammen usw. leichter zu identifizieren. Je mehr dieser Punkte zutreffen, umso sicherer können Sie sich sein, dass die entsprechende Person, Organisation, Zeitung oder Partei neoliberales Gedankengut propagiert.

Menschen mit Kenntnissen neoliberaler Theorien mögen an dieser Stelle einwenden, dass einige der hier genannten Punkte ja gar nicht Teil dieser oder jener Theorie sind – womit sie Recht haben. Dennoch müssen sich gesellschaftspolitische Theorien nicht nur auf dem Papier, sondern in der Realität beweisen. Die hier dargestellten Punkte beziehen sich daher weniger auf eine bestimmte theoretische Vorlage, sondern vielmehr auf die ideologisierte Umsetzung neoliberaler Lehren in der Praxis – den „real existierenden Neoliberalismus“<sup>8</sup>.

---

<sup>8</sup> Auch der Marxismus und andere Ideologien versprachen das „Paradies auf Erden“, wenn man nur ihren Heilslehren treu genug folgt. Jegliche Rückschläge in der Realisierung wurden nicht auf Mängel der Theorie zurückgeführt, sondern auf eine unzureichende Umsetzung der Lehren. Dies lässt sich auch für den Neoliberalismus feststellen: Kommt es bspw. aufgrund von Deregulierung und Privatisierung zu schweren gesellschaftlichen Verwerfungen, so liegt das nicht etwa daran, dass diese falsch wären – lediglich die Dosis war noch zu gering. Dies ist in etwa so, als würde man einem Kranken eine neue Medizin verabreichen und er landet anschließend auf der Intensivstation. Anstatt das Medikament in Zweifel zu ziehen, würden Marxisten und Neoliberale zur Schlussfolgerung kommen, dass die Dosis immer noch zu gering war, um den Patienten zu heilen.

## 1. Umverteilung von "unten" nach "oben"

Stetige Vergrößerung des Einkommens- und Vermögensgefälles in Kombination mit der Leugnung dieses Sachverhalts (durch manipulative Erhebung / Interpretation von Statistiken - z.B. durch Verwendung des Durchschnitts anstatt des Medians) oder Legitimation durch Verweis auf höhere Steuerzahlungen der "Reichen"<sup>9</sup>.

## 2. Privatisierung und Deregulierung

Möglichst vollständige Privatisierung öffentlicher Güter und Räume<sup>10</sup> – begründet durch angebliche Ineffizienz staatlicher Unternehmen sowie Wettbewerbsverzerrung. Oft führen Privatisierungen anschließend zu höheren Kosten und/oder schlechterer Qualität – insbesondere in Bereichen, wo sich Oligopole oder Quasimonopole privater, profitorientierter Unternehmen herausbilden (was meist der Fall ist)<sup>11</sup>. Privatisierungen gehen oft einher mit Deregulierung, d. h. dem Abbau von staatlichen Vorschriften und Kontrollmechanismen<sup>12</sup>. Letzteres muss nun nicht immer schlecht sein (bspw. Rückbau von ausufernder Bürokratie), es hat sich aber aktuell wieder gezeigt, dass zu weit gehende Deregulierung (hier im Bereich der Finanzmärkte) weitreichende Folgen bis hin zur Verursachung einer Weltwirtschaftskrise haben kann. Positive Auswirkungen von Deregulierungen kommen sehr oft nur wenigen mächtigen Marktteilnehmern zugute<sup>13</sup>, während negative „Kollateralschäden“ meist der Gesellschaft insgesamt aufgebürdet werden (siehe dazu auch Punkt 17.).

## 3. Entsolidarisierung

Versuch der Spaltung der Gesellschaft in zahlreiche antagonistische Partikularinteressen, bspw. in Form von (künstlichen) Konflikten Arbeitleister – Arbeitslose<sup>14</sup>, Junge – Alte, Männer – Frauen, Kinderreiche – Kinderlose, Streikende – "Streikopfer", Beamte – Nichtbeamte, gesetzlich – privat Versicherte, "Linke" – „Konservative“ bzw. "Rechte", Deutsche – "Ausländer"<sup>15</sup> usw. (frei nach der Maxime: "divide et impera"<sup>16</sup>). Auffällig

---

<sup>9</sup> Siehe dazu: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3985#more-3985> sowie: <http://www.youtube.com/watch?v=sOgQbx9Ry9s&feature=related>

<sup>10</sup> Die Privatisierung öffentlicher Räume ist ein stark unterschätztes Problem. In vielen Stadtzentren findet man oft nur noch dann eine halbwegs passable Sitzgelegenheit, wenn man auch bereit ist, zu konsumieren (Cafés, Fastfood-Ketten etc.). Einstmals lebendige Städte zerfallen zusehends in ein Konglomerat aus sterilen Konsumarealen sowie verwahrlosten öffentlichen Räumen. Ein weiteres Beispiel siehe: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4098#h15> (Punkt 15)

<sup>11</sup> Die großartigen Vorteile privatisierter Infrastruktur konnte jeder „live“ erleben, der schon einmal das „Vergnügen“ hatte, mit den englischen Bahnen zu reisen. In Neuseeland wurde die Bahn bereits mit erheblichen Kosten für die Steuerzahler wieder verstaatlicht, nachdem Gleise und Züge infolge der Privatisierung völlig verrottet waren. Siehe dazu: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3572>. Einen kleinen Vorgeschmack auf die bevorstehende Bahnprivatisierung in Deutschland hatten bereits die Berliner. Siehe: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4072#h16> (Punkt16). Die Ergebnisse von Privatisierungen in anderen Bereichen (Gesundheitswesen, Rentenversicherung u. v. .m.) fallen meist ähnlich aus. Ein Beispiel von vielen: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4148#h12> (Punkt 12).

<sup>12</sup> Weitere Informationen dazu siehe: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=1858>

<sup>13</sup> Sicher konnten auch Sie die Vorteile des deregulierten Strom- und Gasmarkts bereits feststellen. Sind bei Ihnen auch die Strom- und Gaspreise deutlich gefallen? Ach, sie wurden erhöht!? Nun, vielleicht liegt das daran, dass die entsprechenden Konzerne Jahr für Jahr Milliardengewinne einstreichen. Siehe dazu bspw.: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,539737,00.html>

<sup>14</sup> Zunehmend in den Betrieben auch Festangestellte vs. Leiharbeiter.

<sup>15</sup> Siehe z. B.: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/kommentar50.html>

hierbei ist, dass der eigentliche Hauptkonflikt nie thematisiert wird und in der neoliberalen (Gedanken-)Welt auch überhaupt nicht zu existieren scheint: Arme gegen Reiche (genaugenommen: Reiche gegen Arme). Jedes Individuum soll möglichst einzeln agieren und dastehen, sich höchstens noch als Teil einer bestimmten Interessengruppe verstehen, ohne jedoch gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge herstellen zu können<sup>17</sup>. Wie die meisten neoliberalen Botschaften wird diese Absicht jedoch nur auf subtile Art und Weise – dafür aber oft quantitativ umso massiver – vermittelt (bspw. in Form von Zeitungsartikeln, die einen "Kita"-Streik und seine schlimmen Folgen für fleißige Arbeitleister mit Kindern beklagen, um sogleich die verantwortungslosen Kindergärtnerinnen zur Mäßigung aufzurufen<sup>18</sup>).

#### 4. Marktlogik

Zunehmende Durchsetzung der Gesellschaft von der höchsten (Staat) bis zur niedrigsten (Individuum) Ebene mit einer Art Marktlogik bzw. (mikroökonomischem) Unternehmerdenken ("Ich-AG" etc.). Dies spiegelt sich auch in einer fortschreitenden Durchdringung der Sprache mit ökonomischen Begriffen und Floskeln (u. a. „Neusprech“-Anglizismen) wider<sup>19</sup>. Mit dem Verweis auf (angebliche oder tatsächliche) Effizienzgewinne werden marktartige Strukturen in immer mehr Gesellschaftsbereiche „hineingedrückt“ – mit fatalen Folgen für alle Bereiche, in denen mikroökonomisches Denken bislang aufgrund übergeordneter Erwägungen nur eine geringe Rolle gespielt hat (Schulen, Universitäten, Gesundheitswesen...). Oft geht diese Entwicklung einher mit Privatisierungsbestrebungen (siehe Punkt 2.).

#### 5. Blinder Wachstums-Fanatismus

Eine Wirtschaftsordnung, die nicht auf ständigem Wachstum basiert, gilt nicht nur als abwegig und unerwünscht, sondern es existiert nicht einmal eine vage Vorstellung, wie diese überhaupt aussehen könnte. Auch an dieser Stelle zeigt sich (vgl. Punkt 4.) der Einfluss eines (mikroökonomischen) Unternehmerdenkens auf makroökonomische bzw. noch weiter übergeordnete ("Wie soll eine Gesellschaft grundsätzlich aussehen?") Strukturen. Damit einher geht eine bemerkenswerte, gewollte, Plan-losigkeit (in Kombination mit einer Form von Ahistorismus<sup>20</sup>). Diese absichtliche Plan-losigkeit basiert auf der Überzeugung, dass die "unsichtbare Hand" des Marktes mit seinen äußerst

---

<sup>16</sup> Wie gut dies funktioniert, zeigt exemplarisch dieser traurige Fall: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4186#h07> (Punkt 7)

<sup>17</sup> Es ist nicht sehr schwer, dies zu bewerkstelligen, entspricht doch die extreme Individualisierung und Zersplitterung in immer kleinere Interessengruppen bereits dem vorherrschenden „Zeitgeist“ in vielen „westlichen“ Staaten. Seit Jahren kreisen dort insbesondere Intellektuelle und Multiplikatoren vornehmlich um ihre ethische, sexuelle oder (sub-)kulturelle Identität bzw. eigene Individualität.

<sup>18</sup> Siehe dazu: <http://www.welt.de/politik/article3815996/Der-Kita-Streik-zeigt-wie-man-soziale-Unruhe-schuert.html> - und die passende Antwort: <http://www.gedichteportal.de/html/tucholsky1.html#a6>

<sup>19</sup> Hier sei auch auf die penetrante Berieselung mit belanglosen, oberflächlichen Börsenmeldungen im Fernsehen zur besten Sendezeit hingewiesen. Die oft von Charts, Tabellen und Computermonitoren erzeugte Aura soll offenbar die Wichtigkeit und Professionalität der Finanzmärkte hervorheben und darüber hinwegtäuschen, dass die meisten „Meldungen“ kaum mehr als Kaffeesatzleserei sind.

<sup>20</sup> Fukuyama hat Anfang der 1990er Jahre (passend zu Beginn des Siegeszugs der nun von jeder ernstzunehmenden Konkurrenz befreiten neoliberalen Ideologie) euphorisch bereits das "Ende der Geschichte" ausgerufen – was sicher in dieser Allgemeinheit Unsinn ist. Dennoch steckt darin auch ein Funken Wahrheit, wahrscheinlich aber anders, als er es sich gedacht hat. Trotz der vermeintlichen Fokussierung auf die Zukunft (Wachstum findet stets in die Zukunft gerichtet statt, wie auch die "Wetten auf die Zukunft" an den Börsen deutlich machen) ist das neoliberale Denken an sich nicht besonders an historischen Zusammenhängen interessiert.

dynamischen und komplexen Prozessen jeder nur denkbaren Form menschlicher Langfristplanung (z.B. als "5-Jahres-Pläne") überlegen ist. In Ermangelung eines Plans als Referenzrahmen für die Entwicklung kommt dem "Wachstum" (genauer: der zahlenmäßigen Erfassung desselben – siehe auch "Zahlenfetischismus" unter Punkt 19.) die kaum zu überschätzende Bedeutung zu, festzustellen, ob sich die "Gesellschaft" (in ihrer hier typischerweise weitgehend auf die Ökonomie reduzierten Form) auch in die "richtige" Richtung bewegt. Positive Zahlenwerte gelten als Beleg hierfür, während negative als Bewegung in die "falsche" Richtung interpretiert werden.

Die darin zum Ausdruck kommende Denkweise lässt sich einerseits als "genial einfaches" Mittel zur Komplexitätsreduktion ansehen (mit der die Politik in der Lage bleibt, höchst komplexe Lagen schnell zu erfassen und zu beurteilen). Andererseits zeigt sich in der Eindimensionalität dieses Ansatzes auch wieder die Einfachheit, um nicht zu sagen: Einfältigkeit, neoliberaler Denkmuster. Nicht nur werden "Generalstabs"-Pläne als starr und ineffektiv abgelehnt (was sie wahrscheinlich – zumindest derzeit noch – auch sein dürften), es gibt auch nicht einmal mehr Ziele oder Visionen, wie zukünftige Gesellschaften aussehen könnten<sup>21</sup>. Das einzige, was es gibt, ist eine quantitative Größe, die, regelmäßig ermittelt, feststellen soll, ob die Gesellschaft "auf dem richtigen Weg" ist (die Bedeutung aller weiteren erfassten Indikatoren für politische Entscheidungen liegt um Größenordnungen unter der des "ökonomischen Wachstums"<sup>22</sup>). Nicht zuletzt die derzeitige Weltwirtschaftskrise macht deutlich, dass die im wahrsten Sinne des Wortes eindimensionale Ausrichtung nahezu allen (politischen) Handelns an einem einzigen quantitativen Indikator katastrophale Auswirkungen haben kann. Die "unsichtbare Hand" hat als komplexes System eben auch die Möglichkeit, Ökonomien (sowie ökologische Systeme) zu schädigen und großes Elend zu verursachen<sup>23</sup>. Gefährlich wird es dann, wenn diese Entwicklungen zugelassen oder sogar (gewollt oder ungewollt) verstärkt werden, solange nur der Indikator "Wachstum" möglichst hoch ausfällt.

## 6. Antidemokratischer Grundton

Die Gleichwertigkeit aller Menschen wird *de facto* geleugnet – viele Rechte können nur von Kapitaleignern sowie Mitgliedern einiger (willkürlich) als "Leistungsträger" (siehe Punkt 10.) bezeichneten (lobbymächtigen) Berufsgruppen auch tatsächlich beansprucht werden. Charakteristisch ist hierbei, dass dieser Zustand entweder mit Verweis auf die *de jure* meist gegebene (formale) Gleichstellung abgestritten oder gar nicht erst als Problem gesehen wird ("Das war doch schon immer und überall so und wird auch immer so bleiben."). Mehr oder weniger offen wird zudem auch die Ansicht vertreten, dass wichtige gesellschaftliche Entscheidungen von einer Elite aus „Leistungsträgern“ und „Experten“ getroffen werden sollten. Eine Beteiligung oder gar Mitspracherecht weiterer gesellschaftlicher Gruppen ist weder notwendig noch erwünscht<sup>24</sup>. Dies setzt sich auch im

---

<sup>21</sup> Natürlich haben auch Neoliberale Ziele und Vorstellungen einer „idealen“ Gesellschaft. Diese sind jedoch meist kurzfristig und einseitig ökonomisch ausgerichtet. An langfristigen, nachhaltigen, „ganzheitlichen“ Entwürfen für zukünftige Formen menschlichen Zusammenlebens auf der Erde ist die große Mehrheit von ihnen nicht interessiert.

<sup>22</sup> Wie bspw. mehrere Millionen verarmter Kinder in Deutschland zu spüren bekommen – ihre Zahl ist festgestellt und schon lange bekannt, hat aber nahezu keinen Einfluss auf politisches Handeln.

<sup>23</sup> Ein eindrucksvolles visuelles Zeugnis der „dunklen Seite der unsichtbaren Hand“ (dies ist weder ein Kriegsgebiet noch handelt es sich um die Folgen einer Naturkatastrophe...): <http://www.youtube.com/watch?v=pHhUDKfiggY&feature=related>

<sup>24</sup> Neoliberale haben oft eine starke Präferenz für das Regieren durch Verordnungen der Exekutive und Entscheidungen von Gerichten anstelle demokratischer Willensbildung. Dies zeigt sich etwa an der jämmerlichen Lage des EU-Parlaments gegenüber der EU-Kommission sowie dem zunehmenden Trend, das dt. Bundesverfassungsgericht ständig über bedenklich verfasste Gesetze befinden zu lassen. Siehe: <http://www.google.de/search?hl=de&source=hp&q=bundesverfassungsgericht+kippt>



innerbetrieblichen Rahmen fort, wo Gewerkschaften, Betriebsräte und andere Formen betrieblicher Mitbestimmung von Arbeitleistern in Unternehmen erschwert oder möglichst ganz verhindert werden sollen<sup>25</sup>.

## 7. Autoritär-repressive Tendenz

Als Reaktion auf negative Folgen der selbstverursachten sozialen Spaltung (Kriminalität, politische Radikalisierung) kommt es zu immer weiter gehenden autoritär-repressiven Bestrebungen. Beispiele hierfür finden sich in der inflationären Machtausdehnung von Polizei, Militär und Geheimdiensten in Verbindung mit einer fortschreitenden Einschränkung von Bürgerrechten<sup>26</sup>. Als Vehikel für die Durchsetzung derartiger – höchst unpopulärer – Maßnahmen werden entweder dramatisierte Bedrohungsszenarien (Terrorismus<sup>27</sup>) oder emotional hoch aufgeladene Themenkomplexe (Kinderpornographie) eingesetzt. Dieser autoritäre Grundton beschränkt sich nicht auf den Bereich "Sicherheit", sondern dringt einhergehend mit der Marktlogik in immer mehr gesellschaftliche Strukturen vor. Beispiele hierfür aus dem Bildungsbereich sind die Stärkung einer einzigen (bzw. einigen wenigen) Führungskraft wie dem Schuldirektor bis hin zum "Vorstandsvorsitzenden" einer Universität<sup>28</sup> auf Kosten ehemals verteilterer, demokratischerer Machtstrukturen. Argumentiert wird hierbei (wie auch in anderen Bereichen) mit einer angeblichen Effizienzsteigerung gegenüber den alten Entscheidungsfindungsprozessen.

## 8. Tendenz zu oligarchisch-plutokratischen Strukturen

Ohne massives staatliches Gegensteuern kommt es in Ökonomien, die nach neoliberalen Lehren organisiert werden früher oder später zur Machtkonzentration einiger weniger Marktteilnehmer auf Kosten der großen Mehrheit<sup>29</sup>. Letztere werden zunehmend ganz aus

---

<sup>25</sup> Auch hier wird oft wieder argumentiert, dass pluralistische Strukturen der Entscheidungsfindung ineffizient wären und die Entwicklung in Staat und Unternehmen lähmen würden. Konsequenterweise müssten beide dann eigentlich von einem einzigen mächtigen „Führer“ geleitet werden – dann würden alle „ineffizienten“ demokratischen Rituale komplett entfallen. Mit dieser Konsequenz ihrer Ideologie konfrontiert, reagieren Neoliberale nicht selten ausgesprochen gereizt und weisen diesen Zusammenhang weit von sich. Siehe dazu: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4101>

<sup>26</sup> Siehe z. B.:

1. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/7/7194/1.html>
2. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29110/1.html>
3. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25940/1.html>
4. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/karlsruhe-bremst-neues-versammlungsrecht-in-bayern;2177342>

<sup>27</sup> Eine realistische Einschätzung der Bedrohung durch „islamischen Terrorismus“ finden Sie hier: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3240#more-3240> (letzter Absatz). Demnach wurden laut Europol europaweit 2007 insgesamt 583 „terroristische Angriffe“ verzeichnet (wozu bereits die Zerstörung von Feldern mit genmanipulierten Pflanzen zählt), es gab jedoch nur zwei gescheiterte sowie zwei versuchte Attacken „islamischer Terroristen“ – also 0 (in Worten: Null) „erfolgreiche“ Anschläge!

<sup>28</sup> Siehe z.B.:

1. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4186#h06> (Punkt 6)
2. <http://www.dielinke-bremen.de/nc/politik/aktuell/detail/artikel/uni-praesident-in-oldenburg-zum-ruecktritt-gezwungen/>
3. <http://www.uni-hildesheim.de/de/9889.htm>
4. <http://www.soal.ch/neoliberalen-umbau-der-basler-universitaet>

<sup>29</sup> Nochmals der Hinweis, dass diese Analyse auf der Beobachtung der Umsetzung neoliberaler Theorien in der Praxis beruht und nicht auf dem Ideal der Theorie auf dem Papier. Einige neoliberale Theoretiker wie Rüstow haben die große Gefahr, die eine derartige Machtkonzentration birgt erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen (wie die Unterbindung von Kartellen) vorgeschlagen. Diese

dem Markt herausgedrängt – übrig bleibt in jedem Wirtschaftssektor nur ein Oligopol (bzw. sogar Monopol) einiger weniger Anbieter. Dieser Prozess ist in allen „westlichen“ Industriestaaten bereits weit fortgeschritten. In Deutschland ist der „freie Markt“ in vielen Bereichen des täglichen Bedarfs (für den „Endverbraucher“) nur noch eine absurde Illusion: Etwa fünf große Anbieter versorgen Deutschland mit Lebensmitteln, vier Konzerne dominieren die Versorgung mit elektrischer Energie, einige wenige Mineralölfirmen diejenige mit fossilen Energieträgern (Benzin, Öl, Gas usw.), einige wenige Konzerne decken fast den gesamten Markt für PKW und LKW ab (trotz einer Vielzahl von Marken, die ggf. den Eindruck von Vielfalt erwecken), drei Firmen dominieren mit Abstand den IT-Sektor (Intel bei Prozessoren, Microsoft im Bereich Betriebssysteme und Bürosoftware sowie Google im Bereich Internettechnologie – jeder von diesen in seinem Marktsegment nahezu in einer Monopolposition)...

Parallel zur zunehmenden Verarmung der Mittel- und Unterschicht kommt es somit zu einer extremen Kapital- und Machtkonzentration innerhalb eines kleinen Personenkreises (Eignerfamilien, Industrieklans, Großaktionäre sowie führende Manager der entsprechenden Unternehmen), im Volksmund auch bekannt als „Geldadel“ oder „Obere 10.000“. Abgesehen von einigen schillernden Persönlichkeiten<sup>30</sup> leben diese Personen meist sehr zurückgezogen hinter hohen videoüberwachten Mauern, ihr Vermögen sicher vor dem Fiskus angelegt in diversen Steueroasen. Dennoch nimmt diese Gruppe massiven Einfluss auf das politische Geschehen. Dies geschieht zum einen indirekt über die Medien (in Deutschland beherrschen etwa 10 große Medienkonzerne die Primäröffentlichkeit nahezu vollständig<sup>31</sup>, diese gehören wiederum oft einigen wenigen „Superreichen“<sup>32</sup>), zum anderen über direkte Einflussnahme auf die Politik mittels persönlicher (informeller) Kontakte, Lobbygruppen, Parteispenden sowie Bereitstellung von „Experten“ zur „fachlichen Beratung“.

Diese Doppelstrategie ist sehr erfolgreich: Durch Kampagnenjournalismus im Vorfeld bedeutender Wahlen wird sichergestellt, dass die „richtigen“ (d.h. neoliberal eingeordneten) Politiker auch komfortable Mehrheiten erhalten<sup>33</sup>. Sollte dies einmal nicht funktionieren, wird versucht, hinterher am Parlament und anderen demokratisch legitimierten Institutionen vorbei direkt Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben (bzw. diese über die Medien in Zugzwang zu bringen), damit diese die „Alternativlosigkeit“ des neoliberalen Wegs auch einsehen. Insgesamt kommt es durch die Konzentration von finanzieller und medialer Macht in den Händen einiger weniger Personen zur allmählichen Aushebelung der Demokratie. Ähnlich wie in als „Bananenrepubliken“<sup>34</sup> bekannten Staaten werden zwar weiterhin Wahlen als eine Art „öffentliches Theater“ abgehalten, die politische Leitlinie machen aber längst eine Handvoll sehr mächtiger Gruppen unter sich aus – unabhängig davon, wie die Wahlen ausfallen. Viele Menschen merken dies und wenden sich resigniert von der Politik ab – womit die Macht der herrschenden Eliten weiter zementiert und die demokratische Kultur nach und nach zerstört wird (siehe auch Punkt 6.).

---

Gegenmaßnahmen greifen in der „Realität“ aber nicht hinreichend, da die ökonomische Macht der Oligopole und Monopolisten die staatlichen Strukturen untergräbt, die diese Maßnahmen treffen.

<sup>30</sup> Bspw.: [http://de.wikipedia.org/wiki/Richard\\_Lugner](http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Lugner)

<sup>31</sup> Siehe dazu: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3240#more-3240> (Punkt 19)

<sup>32</sup> Bspw.: [http://de.wikipedia.org/wiki/Liz\\_Mohn](http://de.wikipedia.org/wiki/Liz_Mohn) sowie [http://de.wikipedia.org/wiki/Friede\\_Springer](http://de.wikipedia.org/wiki/Friede_Springer) (man beachte die enge Beziehung dieser beiden Personen zu A. Merkel und der CDU).

<sup>33</sup> Siehe dazu: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4088> und <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4060>

<sup>34</sup> Siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Bananenrepublik>

## 9. Verfolgung des Ideals eines ordoliberalen "Nachtwächterstaats".

Gefordert wird keinesfalls ein durchweg schwacher Staat, sondern lediglich ein schwacher Sozialstaat! Für die Durchsetzung der gewünschten Ordnung und der entsprechenden Gesetze (Schutz des Eigentums usw.) hingegen wird ein starker, autoritärer Staat bevorzugt oder zumindest billigend in Kauf genommen, solange er die Rechte und ökonomischen Interessen der Kapitaleigner vertritt<sup>35</sup>.

## 10. Einseitige Fokussierung auf „Leistungsträger“

Neoliberale Akteure treten auffällig oft als Anwälte vermeintlicher „Leistungsträger“ auf<sup>36</sup>. Trotz anderslautender Rhetorik sind damit keineswegs alle hart arbeitenden Menschen gemeint, sondern lediglich diejenigen unter ihnen, die auch entsprechend entlohnt werden. Wie viel jemand leistet, wird gemäß der neoliberalen Marktlogik (siehe Punkt 4.) ausschließlich am zugehörigen Einkommen bemessen. Entsprechend gelten üblicherweise „Manager“, Unternehmer, Ärzte, Anwälte und andere Akademiker als „Leistungsträger“<sup>37</sup>. LKW-Fahrer, Krankenschwestern und alleinerziehende Mütter, die – manchmal im wahrsten Sinne des Wortes – bis zum Umfallen „schuft“, werden von Neoliberalen höchstens in Sonntagsreden vorübergehend mit aufgenommen. Wenn es zum Schwur kommt (bspw. bei Entscheidungen zum Steuerrecht), wird wieder schnell klar, dass nur Ersterer und niemand sonst mit „Leistungsträger“ gemeint ist. Das Konzept des „Leistungsträgers“ stellt neben demjenigen der „Chancengleichheit“ den wichtigsten Mythos innerhalb der neoliberalen Ideologie dar und dient ebenfalls dazu, die immer ungerechter werdende Einkommens- und Vermögensverteilung zu legitimieren<sup>38</sup>.

## 11. Überwachung und Kontrolle

Geradezu im Gegensatz zur Freiheitsrhetorik neoliberaler Prediger stehen ihre zahlreichen Vorhaben, Überwachung und Kontrolle eines Großteils der Menschen zu erhöhen. Obwohl sich der Staat nach neoliberaler Dogmatik möglichst aus allen gesellschaftlichen Belangen heraushalten soll, fordern gerade Politiker und „Experten“ neoliberaler Parteien die Ausweitung staatlicher Überwachungsmittel. Diese umfassen (unter anderem): Elektronische Gesundheitskarte/Personalausweis, „Bundestrojaner“, Online-Überwachung, Kennzeichen-Erfassung mittels Mautbrücken, Ausweitung der BKA-

---

<sup>35</sup> Hier sei daran erinnert, dass die Neoliberalen Eucken und Rüstow Anfang der 1930er Jahre auch eine „befristete Diktatur“ zur Implementation der gewünschten Gesellschaftsordnung in Kauf nahmen (zur Diktatur kam es bekanntlich wenig später – wenn auch nicht in ihrem Sinne!). Momentan traut sich kein Neoliberaler mit derartigen Ansichten an die Öffentlichkeit, aber es ist kein Geheimnis, dass nicht die Demokratie (wie gerne propagiert wird), sondern vielmehr autoritäre Regierungsformen den idealen Rahmen für die Umsetzung des neoliberalen Projekts bilden (siehe Chile ab 1975 sowie etliche asiatische Staaten, bspw. China oder Singapur – beides Diktaturen bzw. „Polizeistaaten“).

<sup>36</sup> Mit Sprüchen wie: „Arbeit muss sich wieder lohnen.“, „Untätigkeit wird von uns nicht honoriert“, „Wer arbeitet muss mehr haben als jemand, der nicht arbeitet.“ und Ähnlichem. Siehe dazu auch: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3947>

<sup>37</sup> Darüber hinaus auch diejenigen, die völlig unverdient (d.h. ohne dafür zu arbeiten) hohe Einkünfte aus Kapitaleinkommen erzielen. Da bei diesen die Widersprüche zum Leistungsanspruch aber allzu groß werden, erwähnen Neoliberale diese Gruppe entweder nicht explizit oder vermischen sie mit den Lohneinkommens-„Leistungsträgern“ (dies geht bspw. bei „Managern“ und Unternehmern besonders gut, da diese oft einen erheblichen Anteil ihrer Einkünfte in Form von Kapitaleinkommen erhalten, gleichzeitig aber noch den Anschein wahren, ähnlich wie „normale“ Gehaltsempfänger zu arbeiten).

<sup>38</sup> Neoliberale Medien unterstützen diesen Mythos einerseits mit Portraits „hart arbeitender“ „Manager“, Unternehmer etc., öfter aber noch von der anderen Seite mit der Mär des „faulen Arbeitslosen“, der aufgrund seiner „Minderleistung“ selbst daran Schuld ist, in Armut zu leben, wenn er sich nicht gerade „durchschnorrt“. Siehe dazu: <http://de.wikipedia.org/wiki/Florida-Rolf>  
Siehe dazu auch ein Beitrag von C. Butterwegge: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4069>

Befugnisse, Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, Vorratsdatenspeicherung von Telefongesprächen und Internetnutzung, elektronische Fußfesseln, „Nacktscanner“ an Flughäfen<sup>39</sup>. Dies alles ist natürlich völlig unbedenklich, da Deutschland ja eine Demokratie ist und niemals die Bürgerrechte missachten würde (bereits die Einführung vieler derartiger Maßnahmen stellt schon einen eklatanten Verstoß gegen die Bürger- und Menschenrechte dar!). Außerdem lehrt doch gerade die deutsche Geschichte, dass es niemals zu einer Machtergreifung eines antidemokratischen Regimes kommen kann, welches die o. g. Mittel sofort effektiv zur Unterdrückung jeglichen Widerstands nutzen könnte. Daher sind diese natürlich auch völlig unbedenklich... Nicht viel besser sieht es auf der innerbetrieblichen Ebene aus. Offenbar ist es in zahlreichen Firmen üblich geworden, illegal große Mengen an Daten über die eigenen Mitarbeiter zu erheben und ggf. ohne deren Wissen gegen sie zu verwenden<sup>40</sup>.

Sowohl die staatlichen als auch die privaten Überwachungsmaßnahmen machen deutlich, dass das jeweilige Führungspersonal vielen Bürgern (bzw. Mitarbeitern) offenbar nicht mehr traut, ja teilweise geradezu panische Angst vor diesen zu haben scheint. Diese Paranoia ist nicht ganz unberechtigt, wenn man sich die rapide wachsende Ungerechtigkeit sowohl innerhalb der Firmen als auch der Gesellschaft insgesamt betrachtet (siehe auch Punkt 1.). Natürlich wird diese nie als Argument für Überwachungsmaßnahmen genannt, stattdessen werden scheinheilig angeblich drohende Gefahren, etwa durch „internationalen Terrorismus“ und „Netzwerke von Pädophilen“<sup>41</sup>, vorgeschoben. Ein weiterer, durchaus beabsichtigter, Nebeneffekt derartiger Maßnahmen ist die permanente Ausübung von Druck auf die Bürger bzw. Mitarbeiter. Wer ständig damit rechnen muss, überwacht und kontrolliert zu werden, wird sich aus Angst zumeist angepasster und devoter verhalten. Die Durchsetzung dieser Maßnahmen selbst erfolgt oft perfide mittels „Salamitaktik“, um die Bevölkerung Schritt für Schritt an ein Überwachungsniveau heranzuführen, das auf einmal präsentiert einen Aufschrei der Empörung auslösen würde.

## 12. Negation des Rechts auf staatliche Versorgung

Gesellschaftliches Scheitern ist zugleich und ausschließlich Schuld und Problem des Individuums. Weder der Staat noch die Gesellschaft haftet für persönliches „Versagen“ im sozioökonomischen Wettbewerb (allenfalls wird die Familie in „Sippenhaftung“ genommen)<sup>42</sup>. Auch an dieser Stelle zeigt sich wieder eine Kombination von extremen Individualismus, Entsolidarisierung sowie einer Unfähigkeit (oder Unwilligkeit), größere Zusammenhänge zu erkennen bzw. zu verstehen (siehe auch Punkt 19.). Gemäß dieser

---

<sup>39</sup> Siehe z.B.:

1. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29470/1.html>
2. <http://www.heise.de/newsticker/Berlin-will-Videoueberwachung-mit-biometrischer-Gesichtserkennung-testen--/meldung/115644>
3. <http://www.welt.de/politik/article3262156/Elektronische-Fussfessel-fuer-Gefangene-kommt.html>
4. <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Polizei-Ueberwachung-Verkehr;art122,2839361>
5. <http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,586083,00.html>
6. <http://www.heise.de/newsticker/Opposition-warnt-vor-umfassender-Internet-Ueberwachung--/meldung/142960>

<sup>40</sup> Siehe dazu auch: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3984#h12> (Punkte 12 und 13)

<sup>41</sup> Zweifellos sind beides ernstzunehmende Probleme. Die geplanten (bzw. bereits umgesetzten) Überwachungsmaßnahmen tragen jedoch nichts (gar nichts!) zur Lösung dieser Probleme bei, sondern bedrohen stattdessen ihrerseits Bürgerrechte und Demokratie in erheblichem Maße. Siehe: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/experten-greifen-von-der-leyen-an;2234239>

<sup>42</sup> Margaret Thatcher bringt diese Haltung auf den Punkt: „There is no such thing as society!“. Siehe: <http://www.margaretthatcher.org/speeches/displaydocument.asp?docid=106689>

Logik wird allenfalls eine minimale Notversorgung für einen eng begrenzten Zeitraum akzeptiert – und selbst dann möglichst nur als eine Form des Almosens (ohne Rechtsanspruch), für welches der Empfänger seinen großzügigen Gönnern danken und keine weitergehenden Forderungen stellen sollte<sup>43</sup>. Während in Staaten, in denen der neoliberale Umbau bereits früher eingesetzt hat (bspw. USA), dies bereits weitgehend Realität ist<sup>44</sup>, befindet sich Deutschland noch auf dem Weg dorthin. Nach und nach wird jedoch auch hier das soziale Netz ausgedünnt – etwa indem Leistungen zunächst nicht mehr nach Bedarf ausgezahlt werden, sondern nur noch als Pauschale (unabhängig davon, ob diese ausreichend ist, um ein menschenwürdiges Leben zu führen). Der nächste Schritt ist dann die weitere Reduzierung sowie zeitliche Beschränkung der Transferleistungen. Begründet wird dies stets mit angeblichen Sachzwängen, etwa der hohen Schuldenlast des Staates.

### 13. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes

Eine der am häufigsten von neoliberalen Politikern und Ökonomen vorgebrachte Forderung ist die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“. Hierbei geht es im Wesentlichen um folgende Maßnahmen: Abbau des Kündigungsschutzes, Aufkündigung von Flächentarifverträgen, Zulassung von Tariföffnungsklauseln, Lockerung von Ladenschlussgesetzen sowie flexiblere Arbeitszeitregelungen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen, so wird gebetsmühlenartig immer wieder vorgebracht, würde zu mehr Wachstum und deutlich weniger Arbeitslosen führen<sup>45</sup>. Auf den ersten Blick klingt dies auch einleuchtend: Wo ein Arbeitnutzer fürchten muss, Arbeitleister im Falle einer Krise kaum mehr kündigen zu können, wird er sich mit Neueinstellungen vermutlich zurückhalten. Und wenn die Lohnabschlüsse zu hoch ausfallen, kann er es sich erst recht nicht mehr erlauben, weitere Mitarbeiter einzustellen. Soweit doch logisch, oder? Da Deutschland zu den „Nachzüglern“ gehört, was neoliberale „Reformen“ angeht, sind wir in der glücklichen Lage, die Folgen und Effekte eines „voll flexibilisierten“ Arbeitsmarktes in anderen Staaten betrachten zu können, wo derartige Maßnahmen bereits durchgeführt wurden. Ein Blick auf die USA sowie Großbritannien hilft hier weiter, dort sind die Wunschträume der deutschen Arbeitnutzerlobby bereits seit vielen Jahren Realität. Betrachtet man den Verlauf der Arbeitslosenquote in beiden Staaten, lässt sich feststellen, dass in konjunkturellen Boomzeiten tatsächlich beinahe eine Vollbeschäftigung erreicht wird (Arbeitslosenquote unter 5%), in Krisenzeiten die Arbeitslosigkeit aber auch rasch wieder ansteigt (jeweils auf Werte zwischen ca. 8 und 10 Prozent)<sup>46</sup>. Dies entspricht auch voll und ganz der neoliberalen Theorie: Durch einen flexiblen Arbeitsmarkt sind Entlassungen in der Krise schnell und problemlos möglich, genauso schnell werden aber auch in Boomzeiten wieder Mitarbeiter durch die Firmen eingestellt. Mit etwas gutem Willen kann man für die USA (sowie mit Einschränkungen

---

<sup>43</sup> Hier sei auf das sich epidemisch ausbreitende System der „Tafeln“ in Deutschland hingewiesen. Ohne den Menschen, die sich dort (meist ehrenamtlich und sicher in guter Absicht) engagieren zu nahe treten zu wollen, sind die „Tafeln“ jedoch als sehr problematisch anzusehen. Ärmere Menschen werden von Staatsbürgern mit Rechtsansprüchen auf Hilfsleistungen zu Bittstellern degradiert, die sich in entwürdigender Weise in eine lange Reihe zu stellen haben, um einige (nicht selten halbverfaulte) Lebensmittel zu erhalten. Derartige Einrichtungen erlauben es der Regierung zudem, Transferleistungen immer weiter zu reduzieren, ohne mit Unruhen rechnen zu müssen. Siehe dazu auch: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30562/1.html>

<sup>44</sup> Siehe: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4188#h06> (Punkt 6)

<sup>45</sup> Siehe z. B. hier: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,640037,00.html> und hier: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rwi-fordert-lockerung-des-kuendigungsschutzes;2449876>

<sup>46</sup> Siehe dazu: [http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/67/Us\\_unemployment\\_rates\\_1950\\_2005.svg/683px-Us\\_unemployment\\_rates\\_1950\\_2005.svg.png](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/67/Us_unemployment_rates_1950_2005.svg/683px-Us_unemployment_rates_1950_2005.svg.png) sowie: <http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp99/rp99-111.pdf> (Seite 25)

auch GB) feststellen, dass der statistische Wert „Arbeitslosenquote“ im Mittel tatsächlich etwas niedriger liegt als in Deutschland. Bevor man jetzt aber in das Loblied auf die Flexibilisierung einstimmt, sollte man zunächst einen Blick auf die Situation der Arbeitnehmer in den beiden genannten Staaten werfen. Sinn und Zweck von Politik ist es schließlich, das Leben der Menschen konkret zu verbessern und nicht, statistische Kenngrößen zu „frisieren“<sup>47</sup>. Wie sieht es aber nun damit aus?

Sieht man genauer hin, so wird man schnell feststellen, dass es sich bei nahezu allen (durch die Flexibilisierung) zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen um prekäre Beschäftigungen handelt<sup>48</sup>. Diese Menschen fallen zwar aus der Arbeitslosenstatistik, verdienen aber nicht selten kaum genug zum Leben. Sie befinden sich ständig an oder unter der Armutsgrenze, jeder weitere Schicksalsschlag wie Unfall, Krankheit oder Scheidung kann das endgültige finanzielle und gesellschaftliche Aus bedeuten. Die Mehrheit von ihnen arbeitet in zwei oder mehr „Jobs“ gleichzeitig und kann sich oft trotzdem nicht einmal eine Krankenversicherung leisten<sup>49</sup>. Kommt es zu konjunkturellem Abschwung oder Wirtschaftskrisen, werden diese Menschen (gemäß dem System „hire and fire“) von einem Tag auf den nächsten „auf die Straße gesetzt“. Da sehr viele von ihnen ohnehin schon ständig „von der Hand in den Mund“ leben, kann man sich unschwer ausmalen, was es für sie bedeutet, plötzlich ohne Geld und soziale Absicherung dazustehen. Wenn sie Glück haben, kann sie die Familie auffangen, ansonsten bleibt nur Obdachlosigkeit (bzw. Schlafen im Auto, sofern vorhanden) und Armenspeisung. Prekäre Beschäftigung ist bei weitem kein „Randgruppenproblem“ mehr, sondern hat mittlerweile große Teile der US-Bevölkerung erfasst. Studien des „Economic Policy Institutes“ zufolge benötigt ein Arbeitnehmer in den USA einen Lohn von ca. 14 \$ pro Stunde, um ein einfaches Leben in der Mittelschicht zu führen (dies beinhaltet bspw. feste Wohnung, Telefon und Krankenversicherung – keine Extras wie Restaurantbesuche, Zigaretten oder Internet). Inzwischen liegen aber bereits 60% der Arbeitnehmer in den USA unter diesem Stundenlohn<sup>50</sup>, nicht wenige von ihnen verdienen nur etwa die Hälfte davon<sup>51</sup>. Prekäre Beschäftigung ist die Kehrseite eines „voll flexibilisierten“ Arbeitsmarktes. Beide gehen Hand in Hand, was Neoliberale mit Blick auf die „glänzenden“ Statistiken gerne verschweigen. Auch in Deutschland hat diese Entwicklung mit der Teil-Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bereits eingesetzt<sup>52</sup>. Wird sie (gemäß den neoliberalen Vorstellungen)

---

<sup>47</sup> Die offiziellen statistischen Daten werden von den meisten Regierungen ohnehin „frisiert“ (um nicht zu sagen: manipuliert) – so werden in Deutschland mind. 1-2 Mio. Arbeitslose aus der Arbeitslosenstatistik herausdefiniert. Siehe: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4102#h01>  
Im Rahmen dieser Kurzanalyse wäre es aber bei weitem zu aufwändig, für alle drei Staaten derartige Manipulationen wieder herauszurechnen und die unterschiedlich erstellten Statistiken zu „normalisieren“. Daher werden die offiziellen Zahlen hier als Vergleichswerte verwendet.

<sup>48</sup> Siehe dazu auch: <http://www.goethe.de/ges/soz/dos/arb/afo/de1870532.htm>

<sup>49</sup> Siehe:

1. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/workingpoor2.html>
2. [http://www.daserste.de/weltspiegel/beitrag\\_dyn~uid,mfdym7yp18govnjr~cm.asp](http://www.daserste.de/weltspiegel/beitrag_dyn~uid,mfdym7yp18govnjr~cm.asp)
3. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4444337,00.html>
4. <http://www.socialistworker.co.uk/art.php?id=14588>

<sup>50</sup> Sehr viele US-Bürger aus der Mittelschicht verdienen deutlich zu wenig, um ihren Lebensstandard zu finanzieren und können sich nur noch durch Verschuldung (meist mittels Kreditkarten) über Wasser halten. Infolge der Weltwirtschaftskrise werden viele von ihnen wahrscheinlich alles verlieren (<http://www.welt.de/finanzen/article2651670/Die-grosse-Kreditkarten-Blase-wird-zur-Gefahr.html>).

<sup>51</sup> Siehe: [http://www.bookjive.com/wiki/Book:Nickel\\_and\\_Dimed:\\_On\\_\(Not\)\\_Getting\\_By\\_in\\_America](http://www.bookjive.com/wiki/Book:Nickel_and_Dimed:_On_(Not)_Getting_By_in_America)

<sup>52</sup> Siehe:

1. [http://www.boeckler.de/pdf/wsimit\\_2003\\_07\\_schaefer.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2003_07_schaefer.pdf)
2. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29581/1.html>
3. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4137#h08> (Punkte 8-10)

weiter fortgesetzt, werden auch hier in einigen Jahren Zustände herrschen, die nicht mehr weit von der Situation in den USA entfernt sind.

#### 14. Rein formale Chancengleichheit

Die Gewährleistung rein *formal* gleicher Lebenschancen (formale Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz) wird mit *real* gleichen Lebenschancen gleichgesetzt. Individuelle „Handicaps“ (vor allem in Form unterschiedlicher Kapitalausstattung) werden abgestritten oder ignoriert (in Diskussionen weichen Neoliberale an dieser Stelle gern auf ein anderes Thema aus oder starten einen rhetorischen Gegenangriff, um nicht näher auf den zentralen Widerspruch in ihrer Lehre eingehen zu müssen). Die fatale Folge dieser Gleichsetzung ist, dass jeglicher gesellschaftliche Misserfolg nun auf persönliches Versagen zurückzuführen ist<sup>53</sup>.

#### 15. Alternativlosigkeit („Sachzwänge“)

Der Dogmatismus neoliberaler Denker geht oft einher mit der Beanspruchung der alleinigen Deutungshoheit politisch-ökonomischer Prozesse und Strukturen. Meist geschieht dies über die (selbstverständlich niemals thematisierte) Konstruktion von „Sachzwängen“, welche Maßnahmen nicht aus bestimmten (hinterfragbaren) Werten und Normen ableiten sondern quasi als „naturgegebene“, einzig mögliche, erzwingen<sup>54</sup>. Jeder abweichende Standpunkt wird insofern konsequent als „naiv“, „ideologisch“, „unrealistisch“, „idealistisch“, „nicht finanzierbar“ usw. disqualifiziert und lächerlich gemacht<sup>55</sup>. Damit einhergehend findet meist eine Verengung der Politik auf rein ökonomische/monetäre Aspekte von Sachverhalten statt.

#### 16. Mediale und akademische Hegemonie

Heute kommt es zu einer massiven Propaganda neoliberalen Gedankenguts durch einen Großteil sowohl der staatlichen als auch kommerziellen Massenmedien sowie zahlreicher „Intellektueller“ und Wissenschaftler<sup>56</sup> (vorwiegend aus dem juristisch-ökonomischen Bereich). Charakteristisch ist hierbei wiederum, dass dieses „Gedankengut“ (zumeist positiv gewendete Varianten der hier skizzenhaft dargestellten Positionen) selten hinterfragt und praktisch nie als Ideologie (neben anderen) aufgefasst, sondern als einzig angemessene Antwort auf bestimmte „Sachzwänge“, wie z.B. die „Globalisierung“ (ein weiteres Konstrukt!), verstanden wird – wenn es nicht gleich von ökonomischen Interessen motiviert vertreten wird. Für Menschen ohne große Medienkompetenz ist es

---

<sup>53</sup> Passend dazu ein berühmter Cartoon von Hans Traxler:

[http://e-campus.uibk.ac.at/planet-et-fix/M5/Pictures/baum\\_klettern\\_pruefung.gif](http://e-campus.uibk.ac.at/planet-et-fix/M5/Pictures/baum_klettern_pruefung.gif)

<sup>54</sup> Ein Beispiel für vermeintlich alternativloses Handeln war die „Rettung“ „systemischer“ Banken mit exorbitanten Mengen von Steuergeldern. Eine Diskussion über verschiedene Handlungsoptionen fand nur am „Katzentisch“ statt. In den Hinterzimmern der Macht gab es offenbar nur diese eine Option.

<sup>55</sup> Was sich insbesondere an der Behandlung der „Linken“ durch die meisten dt. Massenmedien erkennen lässt. Zwei Beispiele siehe: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4087>

<sup>56</sup> An dieser Stelle sei auch auf den erbärmlichen Zustand der ökonomischen Wissenschaften insgesamt hingewiesen. Ähnlich wie einige Pseudowissenschaften (bspw. die Astrologie) versuchen zahlreiche Ökonomen, schwerwiegende Mängel in ihren Modellen mit einem „overkill“ an Formalisierung und aufwändiger Mathematik zu verdecken, um damit Kompetenz vorzutäuschen. Das weitgehende Versagen der gängigen ökonomischen Modelle wirft aktuell jedoch kein gutes Licht auf diese „Kompetenz“. Einige interessante Ausführungen hierzu : <http://www.forum-systemfrage.de/Aufbau/ba/41n/ba41n.php?schp=neolib&tbch=aaba&suchZiel=neolib&ordner=41n> sowie: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4148#h02> (Punkt 2).

sehr schwer, die oft subtil vorgebrachten Forderungen der neoliberalen Akteure zu durchschauen. Insbesondere die Tatsache, dass derartige Ansichten ständig von verschiedenster Seite auf die Menschen „einprasseln“ macht es fast unmöglich, an ihrer Glaubwürdigkeit zu zweifeln<sup>57</sup>.

## 17. „Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren“

Schäden, die aus ökonomischer/unternehmerischer Aktivität resultieren werden vorwiegend der Allgemeinheit aufgebürdet, entsprechende Gewinne hingegen bleiben zum Großteil in Privatbesitz Einzelner. Einige Beispiele hierfür: Atomkraft, Finanzkrise, Umweltzerstörung... Diese "Kollateralschäden" werden mit Verweis auf Arbeitsplätze o.ä. legitimiert, durchaus auch als bedauerlich angesehen – ohne jedoch Konsequenzen für eine Verhaltensänderung daraus abzuleiten. Diese Form der Subventionierung der Unternehmer/"Reichen" durch die Allgemeinheit kann als eine Art indirekte Steuer aufgefasst werden (siehe auch Punkt 18.). Schon die leiseste Kritik an dieser Subventionierung ruft die entsprechenden Lobbyverbände auf den Plan, die sogleich mit Abwanderung und Arbeitsplatzverlust drohen. Aufgrund dieser Sachzwänge (siehe Punkt 15.) muss – leider, leider – alles für immer bleiben wie es ist...

## 18. Fokussierung auf indirekte Steuern und Abgaben

Ein Kernkonzept nahezu aller Neoliberaler ist die geradezu zwanghafte Absenkung von Steuersätzen. Gemeint ist hiermit jedoch nur die stetige Reduzierung von (direkten) Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern (Entlastung von "Wohlhabenden" und "Besserverdienenden" auf Kosten der mittleren und unteren Einkommensbezieher – siehe auch Punkt 1.). Die dadurch entstehenden Steuerausfälle sollen weitgehend durch Erhöhung der indirekten Steuern und Abgaben (etwa der „Mehrwertsteuer“<sup>58</sup>) wieder kompensiert werden<sup>59</sup>. Hierdurch kommt es zu einer Mehrbelastung von Arbeitleistern gegenüber Arbeitnutzern sowie der unteren Einkommenschichten zugunsten von Großverdienern.<sup>60</sup>

---

<sup>57</sup> Wenn CDU, SPD, FDP, Grüne, „Experten“, Wissenschaftler, Prominente, SPIEGEL, FOCUS, BILD, ZEIT, WELT usw. alle ähnliche Botschaften aussenden, müssen Menschen schon erheblichen Aufwand betreiben und über große „Medienkompetenz“ verfügen, um diese Botschaften als neoliberale Propaganda (vielleicht sogar orchestriert von einem „Think Tank“ wie der „Bertelsmann Stiftung“) zu entlarven. Kritische Stimmen, die auf diese Konzentration medialer Macht hinweisen und andere Ansichten vertreten, geraten dadurch leicht in die Position von radikalen Außenseitern.

<sup>58</sup> Der formal korrekte Terminus lautet eigentlich „Umsatzsteuer“.

<sup>59</sup> Siehe z. B.:

<http://www.welt.de/wirtschaft/article4393892/Forscher-fordern-Mehrwertsteuer-von-25-Prozent.html>  
sowie: <http://www.nachdenkseiten.de/index.php?p=4167#h09> (Punkt 9)

<sup>60</sup> Das Thema „Besteuerung“ ist allerdings höchst komplex. So gibt es bspw. auch Vorschläge, alle Steuern außer der Umsatzsteuer abzuschaffen, da angeblich ohnehin alle Spezialsteuern wie Vermögenssteuern, Tobin-Tax etc. wieder (über die Preise) auf die breite Bevölkerung umgelegt würden. Außerdem könnten sich „Reiche“ der Besteuerung durch einen Wohnortwechsel beliebig entziehen. Diese Argumente sind nicht ganz von der Hand zu weisen. Allerdings sind die Vermögens-, Börsen- und Erbschaftssteuern in Deutschland im internationalen Vergleich (außer Steueroasen) bereits extrem niedrig (siehe: <http://www.handelsblatt.com/archiv/deutschland-mit-niedrigster-steuerquote-in-europa;597237> ). Bislang ist keine massive Einwanderung von „Reichen“ aus „Hochsteuer“-Staaten zu beobachten. Auch die Weitergabe von „Reichensteuern“ mittels Preiserhöhungen für Produkte an die breite Bevölkerung ist nicht beliebig möglich, da die Käufer entweder auf Konkurrenzprodukte ausweichen oder (sofern möglich) auf den Kauf verzichten würden. Übrigens sind die (zweifelloos neoliberal geprägten!) USA nicht gerade zimperlich, wenn es um die Eintreibung von (hinterzogenen) Steuern aus Steueroasen geht (wo ein Wille ist, fände sich auch bei uns ein Weg... Siehe dazu: <http://www.sueddeutsche.de/finanzen/296/460925/text/> ).



## 19. Einfachheit

Viele (vulgär-)neoliberale "Lehrsätze" bestechen durch ihre Einfachheit und vermeintliche Logik, welche der des "gesunden Menschenverstands" und der Alltagserfahrung entspricht. Bspw. wäre die neoliberale Antwort auf hohe Arbeitslosigkeit, dass die Löhne zu hoch und der Kündigungsschutz zu weitgehend ist. Dies würde Einstellungen verhindern. Wenn im Supermarkt eine Ware zu teuer ist, bleibt sie doch auch liegen – wenn es sie hingegen zum Sparpreis gibt, ist schnell alles weg. Oder: Wer viele Schulden hat (wie etwa der Staat), muss eben eisern sparen – das weiß doch jeder! Oder auch: "Steuererklärung auf dem Bierdeckel" mit gleicher Steuerrate für alle – jeder wird gleich behandelt, gerechter geht es doch gar nicht, oder!? Ein weiteres Beispiel ist der Zahlenfetischismus bei Bewertungen und Zertifikaten (ein ganzes Schülerleben wird so z.B. letztlich auf eine einzige Zahl reduziert – die Durchschnittsnote) sowohl für einzelne Menschen als auch immer mehr gesellschaftliche Strukturen (die sich dann in sog. "Rankings" vermeintlich schnell und einfach vergleichen lassen, bspw. Universitäten<sup>61</sup>, Städte, usw.). Entsprechend der Marktlogik (siehe Punkt 4.) wird alles und jede/r quantifiziert und letztlich auf einen warenartigen (Zahlen-)Wert reduziert.

## 20. Perfider Umgang mit Kritik

Berechtigte Kritik an bestehenden Mißständen und (monetärer) Ungerechtigkeit wird meist mit den Schlagworten "Gemecker" und "Neiddebatte"<sup>62</sup> abgehandelt, ohne auf die Inhalte näher einzugehen (v.a. letzteres auch noch gern mit dem Hinweis darauf, dass es sich dabei um ein typisch deutsches Phänomen handeln würde – in den USA bspw. wären "die Menschen" angeblich nicht neidisch, sondern würden den „Reichen und Leistungsträgern" stattdessen anerkennend auf die Schultern klopfen – es steht zu vermuten, dass dieses Phänomen in letzter Zeit erheblich zurückgegangen ist). Im Gegensatz zu den lächerlichen, ewig gestrigen und obendrein unfinanzierbaren Vorschlägen der politischen Gegner wird das eigene Vorhaben von Neoliberalen gerne als "alternativlose" "Realpolitik" bezeichnet<sup>63</sup> – diktiert von „Sachzwängen“, die sich immer rein zufällig so fügen, dass die Mächtigen in der Folge profitieren und die bereits Benachteiligten weiter geschädigt werden.

Neben dem „einfachen“ Abwiegen von Kritik wird eine zweite, deutlich dreistere Strategie von neoliberal geprägten Politikern und Journalisten angewandt. Kern dieser Strategie ist es, bestimmte Sachverhalte nicht nur zu bestreiten, sondern geradezu in ihr Gegenteil zu verkehren. Dies ist sehr geschickt, da diese so aus einer defensiven Position heraus (etwas bestreiten) die Initiative zurückerlangen und ihrerseits eine rhetorische Offensive (vehemente Behauptung eines neuen Sachverhalts) starten können<sup>64</sup>. Typische

---

<sup>61</sup> Immerhin scheint der Widerstand gegen unsinnige Rankings langsam zu wachsen (siehe: <http://www.uni-siegen.de/fb3/home/che-ranking/?lang=de> ).

<sup>62</sup> Siehe bspw.: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/union-wirft-spd-populistische-neiddebatte-vor;2197132>

<sup>63</sup> Siehe: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,166420,00.html> sowie: [http://www.unionsfraktion.de/Titel\\_Text\\_Interview\\_Unser\\_Handeln\\_ist\\_alternativlos\\_um\\_die\\_soziale\\_Marktwirtschaft\\_in\\_der\\_Krise\\_zu\\_stuetz/TabID\\_6/SubTabID\\_9/InhaltTypID\\_3/InhaltID\\_12379/Inhalte.aspx](http://www.unionsfraktion.de/Titel_Text_Interview_Unser_Handeln_ist_alternativlos_um_die_soziale_Marktwirtschaft_in_der_Krise_zu_stuetz/TabID_6/SubTabID_9/InhaltTypID_3/InhaltID_12379/Inhalte.aspx)

<sup>64</sup> Im Grunde stellt die neoliberale Ideologie insgesamt eine nahezu perfekte Strategie dar, die „Reichen und Mächtigen“ aus einer ehemals defensiven Position (Rechtfertigung für Reichtum und Abstreitung sozialer Missstände) wieder in eine offensive Überlegenheitsposition zu bringen. Seit einigen Jahrzehnten müssen sich nun diejenigen rechtfertigen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Ständig neoliberalen Angriffen ausgesetzt, wird für sie schon der Status quo zum Erfolg.

Beispiele für diese Strategie sind die angeblich nach „links“ gedriftete SPD<sup>65</sup> oder auch die Präsentation der vier „Abweichler“ in Hessen als arme, verfolgte Opfer einer ruchlosen medialen Hetzkampagne<sup>66</sup>. Beides ist einfach möglich, da diese Behauptungen nur selten öffentlich hinterfragt werden und durch die massive Wiederholung vielen Menschen mit jedem Mal etwas glaubwürdiger erscheinen (siehe dazu auch Punkt 16.). Natürlich gibt es niemals objektive Sachverhalte, sondern immer nur (höchstens intersubjektive) Interpretationen eines Ausschnitts der Wirklichkeit. Dennoch gibt es Kriterien, um das Maß der strukturellen Übereinstimmung der behaupteten Sachverhalte mit der „Realität“ einzuschätzen (wissenschaftlich gesprochen die partielle Isomorphie). Behauptungen, die nur durch wenige oder gar keine Belege gestützt, jedoch von zahlreichen Gegenbelegen in Frage gestellt werden, müssen als höchst zweifelhaft, im Extremfall als Wahnvorstellung gelten. Auch wenn derartige Behauptungen selbst nicht immer ganz überzeugen können, so gelingt es Neoliberalen doch meist durch deren massive Verbreitung, alle Gegendarstellungen in Zweifel zu ziehen und die Menschen verunsichert zurückzulassen. Dies ist mehr als ausreichend für den Machterhalt.

Die dritte mögliche Variante im Umgang mit Kritik kommt bedeutend seltener vor<sup>67</sup>, ist aber umso wichtiger, da sie auf den Vorwurf des „Neoliberalismus“ an sich eingeht. Dies ist meist nur der Fall, wenn der Vorwurf von so prominenter Stelle kommt, dass man ihn nicht einfach ignorieren und „aussitzen“ kann<sup>68</sup>. Und oft reagieren dann nicht (nur) die betroffenen Parteien oder Politiker selbst, sondern sie lassen reagieren. Irgend ein akademisch halbgebildeter „Journalist“ findet sich offenbar immer, um (mehr oder weniger unaufgefordert) einen entsprechenden Leitartikel oder Kommentar zu verfassen. Im Zentrum zahlreicher Versuche, den Neoliberalismus-Vorwurf auszuhebeln stehen zwei Punkte: Zum einen die Darstellung, „Neoliberalismus“ wäre ein inhaltsleerer politischer Kampfbegriff von „Gutmenschen“<sup>69</sup>, um die angeblich kalte, harte „globalisierte Welt“ in naiver und realitätsferner Weise zu kritisieren. Zum anderen wird oft sogar eingeräumt, dass die „Globalisierung“ teils negative Folgen hat, diese hätten aber nichts mit dem wirklichen Neoliberalismus zu tun, wie ihn etwa L. Erhard praktizierte und dadurch

---

<sup>65</sup> Siehe:

1. [http://www.focus.de/politik/deutschland/sozialdemokraten-drift-nach-links\\_aid\\_170767.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/sozialdemokraten-drift-nach-links_aid_170767.html)
2. <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0201/brandenburg/0025/index.html>
3. [http://www.focus.de/politik/deutschland/grosse-koalition\\_aid\\_137329.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/grosse-koalition_aid_137329.html)
4. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4119#h20> (Punkt 20)

<sup>66</sup> „Die Hatz gegen Andersdenkende hat in Deutschland eine schlimme Tradition!“, wie B. Röhl in der WELT betroffen feststellt (Link 1). Wie sehr die „Journalistin“ sich der Hatz gegen A. Ypsilanti entgegengestellt hat, ist dem zweiten Link zu entnehmen:

1. <http://debatte.welt.de/weblogs/238/sex+macht+und+politik+mainstream+report+von+bettina+roehl/148332/hessen+das+verlorene+gewissen+der+spd?req=RSS>
2. <http://debatte.welt.de/weblogs/238/sex+macht+und+politik+mainstream+report+von+bettina+roehl?req=RSS&tag=Andrea+Ypsilanti>

<sup>67</sup> Sofern sie nicht gezwungen werden, auf den Vorwurf „Neoliberalismus!“ zu reagieren, vermeiden Neoliberale es nach Möglichkeit, mit diesem Begriff in Verbindung gebracht zu werden. Kaum ein Neoliberaler bekennt sich heute aus eigenem Antrieb dazu, „neoliberal“ zu sein.

<sup>68</sup> Bspw. der Vorwurf seitens K. Beck, die CDU wäre neoliberal (siehe: [http://www.welt.de/wams\\_print/article952137/Warum\\_neoliberal\\_nicht\\_zum\\_Schimpfwort\\_taugt.html](http://www.welt.de/wams_print/article952137/Warum_neoliberal_nicht_zum_Schimpfwort_taugt.html) ).

<sup>69</sup> „Gutmenschen“ wird oft u. a. der Vorwurf gemacht, zu sehr naiv auf „Multi-Kulti“ bei der Ausländerintegration zu setzen. Hagen Rether passend dazu: „Ja sicher Multi-Kulti-Kuschelkurs – was denn sonst!? Prügelkurs?“ (siehe: [http://www.youtube.com/watch?v=QL65dcC\\_UNM](http://www.youtube.com/watch?v=QL65dcC_UNM) ).

angeblich das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit vollbrachte<sup>70</sup>. Zum ersten Punkt lässt sich feststellen, dass sich die neoliberale Ideologie keineswegs durch Beliebigkeit auszeichnet. Im Gegenteil lassen sich eindeutig markante Merkmale ausmachen (wie ja auch hier geschehen). Zum zweiten Punkt ist anzumerken, dass der ideologisierte, „real existierende“ Neoliberalismus zwar teilweise an wichtigen Stellen von den theoretischen Blaupausen abweicht, dies aber keineswegs für ihn spricht. Auch der Marxismus und andere Ideologien mochten in der Theorie gut ausgesehen haben, führten in der Praxis jedoch in die Katastrophe. Auch ist die zugrunde liegende Theorie keinesfalls so unfehlbar, wie immer wieder von ihren Anhängern behauptet wird – stattdessen weist sie gravierende Mängel auf, die trotz vieler tausend Mannjahre „Forschung“ und etlicher Wirtschafts-„Nobelpreise“ bislang nicht behoben werden konnten.

---

<sup>70</sup> Manche „Journalisten“ schaffen es sogar, beides zugleich zu integrieren, siehe dieser SPIEGEL-Artikel (es würde sich lohnen, diesen Satz für Satz zu besprechen, das würde allerdings den Rahmen dieser Kurzanalyse sprengen): <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,533857,00.html>